



Erik Duesberg

Der Tatbegriff in §§ 3 und 9 Abs. 1 StGB

Erkenntnisse aus einer Analyse der Anwendbarkeit
deutschen Glücksspielstrafrechts auf virtuelle Offshore-
Glücksspielangebote

Beiträge zum Internationalen und Europäischen Strafrecht, Band 28

338 Seiten, 2017

Print: <978-3-428-14971-1> € 89,90

E-Book: <978-3-428-54971-9> € 79,90

Print & E-Book: <978-3-428-84971-0> € 107,90

Straftaten spielen sich heutzutage in zunehmendem Maße grenzüberschreitend ab. Die von einer grenzüberschreitenden Tat betroffenen Staaten mögen einerseits darauf bedacht sein, ihre Strafgewalt zum Zwecke des Rechtsgüterschutzes zur Geltung zu bringen. Andererseits kann eine extensive Proklamation nationaler Strafgewalt für Beschuldigte und andere von der Tat betroffene Staaten als Strafgewaltanmaßung erscheinen. In Deutschland ist die Reichweite nationaler Strafgewalt in §§ 3 ff. StGB normiert. Die Anwendung der Regelungen auf neuartige Kriminalitätsentwicklungen wie grenzüberschreitende Internetkriminalität bereitet der Rechtspraxis und -wissenschaft seit jeher erhebliche Schwierigkeiten. Die Arbeit zeigt am Beispiel der Anwendbarkeit deutschen Glücksspielstrafrechts auf virtuelle Offshore-Glücksspielangebote einen Weg auf, mit dem auf dem Boden des geltenden Rechts angemessene Ergebnisse erzielt werden. Den Dreh- und Angelpunkt bildet dabei der Begriff »Tat« in §§ 3 und 9 Abs. 1 StGB.

Die Arbeit wurde mit dem Harry-Westermann-Preis der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für besonders hervorragende Arbeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgezeichnet (erster Preis).

Inhalt

1. Einleitung

2. Virtuelle Offshore-Glücksspielangebote

Erscheinungsformen — Risiken und Schutzmaßnahmen — Ablauf

3. Der Verbotstatbestand § 284 StGB

Schutzzweck — Tatbestandsvoraussetzungen — Verletzungs- oder Gefährdungsdelikt?

4. Das deutsche Strafanwendungsrecht, §§ 3 ff. StGB

5. Die Anwendbarkeit des § 284 StGB auf virtuelle Offshore-Glücksspielangebote

Unionsrechtliche Implikationen — Schutz- und Weltrechtsprinzip, §§ 5, 6 StGB — Passives Personalitätsprinzip, § 7 Abs. 1 StGB — Prinzip stellvertretender Strafrechtspflege, § 7 Abs. 2 Nr. 2 StGB — Aktives Personalitätsprinzip bzw. Prinzip stellvertretender Strafrechtspflege, § 7 Abs. 2 Nr. 1 Var. 1 StGB — Territorialitätsprinzip, §§ 3, 9 Abs. 1 StGB (Der Tatbegriff in §§ 3 und 9 Abs. 1 StGB: Wortlaut — Entstehungsgeschichte — Systematik — Verfahrensdienlichkeit — Vermeidung von Jurisdiktionskonflikten durch klare Zuständigkeitsgrenzen — Verbot, fremde Strafansprüche ungerechtfertigt auszuschließen — Selbstschutz des Tatortstaates — Interventionsverbot — Individualrechtliche Implikationen) — Irrtümer betreffend §§ 3 ff. StGB als Strafgewaltbegrenzung?

6. Zusammenfassung und Ausblick

Thesen — Reformbedarf — Mögliche Reformen

Literatur- und Sachverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de